

INFORMATIONEN

Aquinostraße 7 – 11 • 50670 Köln • Telefon 0221 97269 -20 • Fax 0221 97269 -31
 info@grundrechtekommitee.de • www.grundrechtekommitee.de

Friedenspolitische Initiativen

„Keinen Tag der Bundeswehr!“

Unter diesem Motto demonstrierten Friedensgruppen gegen den erstmals in der Bundesrepublik am 13. Juni durchgeführten Tag der Bundeswehr an 15 Standorten. In Bonn engagierten wir uns bei den Aktionen gegen eine mit inhaltsleerer Propaganda arbeitende Bundeswehr-Show (Uniform-Modenschau, Big Band und Feldküche). Wie erwartet turnten Kinder und Jugendliche auf und in den ausgestellten gepanzerten Fahrzeugen. Bei der „Karriereberatung“ sollten sie dann angeworben werden. „Kein Werben für's Töten und Sterben!“ und „Krieg beginnt hier – Widerstand auch“ stand auf Transparenten, die wir vor der Bundeswehr-Bühne trotz polizeilicher Behinderungsversuche hochhalten konnten. Das Grundrechtekommitee hatte vorab in einer Pressemitteilung an die UN-Kinderrechtskonvention erinnert. Die Bundesregierung bewirbt und rekrutiert immer noch unter 18-jährige Jugendliche, obwohl die Konvention dies zu verbieten sucht.

Atomwaffen: Gedenken 70 Jahre Hiroshima

Mitglieder des Grundrechtekommitees haben sich an der Dauerblockade „Büchel65“ in der Eifel am 9. Mai beteiligt und einen Tag lang den normalen Verkehr rund um den Fliegerhorst behindert. Hier sind 20 Atombomben gelagert, die in Bälde durch „modernisierte“ Bomben

ersetzt werden sollen. Ende Mai ging die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York ergebnislos zu Ende. Eine neue Initiative wurde gegründet, die eine völkerrechtliche Ächtung der Atomwaffen ernsthaft anstrebt und inzwischen von ca. 110 Staaten getragen wird. Auf die Bundesregierung muss der Druck verstärkt werden, diesem „Pledge“ beizutreten. Bislang weigert sie sich, weil sie im Rahmen der nuklearen Teilhabe am Konzept des (Erst-)Einsatzes von Atomwaffen beteiligt ist. Die Erinnerung an „70 Jahre Hiroshima und Nagasaki“ am 6./9. August kann mit Aktionen hierzu verbunden werden. Es gibt die Möglichkeit, vor Ort ein fertiges Großplakat zu installieren: atomwaffenfrei.de. Das neue Friedensforum 4/2015 mit dem Schwerpunkt „Atomwaffen“ bringt wichtige Hintergrundinformationen zum Thema.

Krieg beginnt hier – Widerstand auch!

Gegen das Gefechtsübungszentrum in der Altmark nördlich von Magdeburg richten sich auch in diesem Jahr Aktionen des Camps „War starts here“ vom 25.7.-3.8.2015 (war-starts-here-camp-2015.org). Alle Soldaten, die in Auslandseinsätze geschickt werden, trainieren hier vorab den Krieg. Das Gelände umfasst die künstliche Stadt „Schnöggersburg“, die eigens zum



Protest gegen „Tag der Bundeswehr“ in Bonn; © Martin Behrsing

Üben von Städte kämpfen errichtet wurde (vgl. Grundrechtekommitee, Krieg beginnt hier; noch erhältlich). Teilnehmer*innen des Camps 2014 werden aktuell strafrechtlich verfolgt. Wir werden diese Prozesse politisch unterstützen und begleiten.

Bundesregierung will bewaffnete Drohnen

Inzwischen hat die Bundesregierung den Bau eigener bewaffneter Drohnen – in Kooperation mit

Spendenkonto
Komitee für
Grundrechte und
Demokratie
Volksbank Odenwald
Konto 8 024 618
BLZ 508 635 13
IBAN
DE76 5086 3513 0008 0246 18
BIC GENODE51MIC



Protest gegen „Tag der Bundeswehr“ in Bonn;
© Martin Singe

Frankreich und Italien – beschlossen. Bis dahin soll die „Lücke“ durch geleaste Drohnen gefüllt werden. Der Einsatz von Drohnen widerspricht den Prinzipien des Völkerrechts und senkt die Hemmschwelle für Kriegseinsätze (vgl. auch zur Kampagne gegen Drohnen: drohnen-kampagne.de). Die USA nutzt Drohnen auch zu außergerichtlichen Hinrichtungen und wird dabei von der Bundesregierung unterstützt, die die Nutzung der Infrastruktur in Ramstein für Datenkoordination von Drohneneinsätzen zulässt. Mit einem Prozess vor dem Verwaltungsgericht in Köln wollten jemenitische Kläger, Opfer eines Drohneneinsatzes, die künftige Nutzung Ramsteins für diese verbrecherischen Zwecke verhindern. Das Gericht schmetterte die Klage jedoch ab, indem es der Bundesregierung in diesen Entscheidungen weite Gestaltungsspielräume zugestand. Wir haben den Prozess in Köln beobachtet und schicken Ihnen gerne unseren Bericht zum Prozess. Auch die anderen hier erwähnten friedenspolitischen Erklärungen sowie einen Bericht zur gelungenen Aktion gegen Rüstungsexporte zur Hauptversammlung von Rheinmetall am 12.5. in Berlin schicken wir gerne zu, bzw. finden Sie diese zum Teil auch auf unserer Internetseite.

◆ *Martin Singe*

Rente für Gefangene:

Komitee-Appell an die Justizministerien der Länder

■ Im Infobrief 1/2015 berichteten wir zuletzt über den Stand unserer Kampagne zur Einbeziehung der arbeitenden Strafgefangenen in die Rentenversicherung. Der Bundestag hatte im Dezember 2014 einen entsprechenden Antrag abgelehnt.

Das Thema stand allerdings erneut auf der politischen Tagesordnung, diesmal bei der Konferenz der Justizminister der Länder am 17./18. Juni. Justizministerin Uta-Maria Kauder (CDU; Mecklenburg-Vorpommern) hatte die Frage auf die Tagesordnung gebracht. Im Vorhinein hat das Grundrechtskomitee einen Appell an alle Justizminister/innen und Sozialminister/innen der Länder gerichtet, um für das Anliegen zu werben (<http://www.grundrechtskomitee.de/node/696>). Diesen Brief hatten fast alle in der Strafvollzugshilfe tätigen Organisationen und Menschenrechtsgruppen mit unterstützt, z.B. die Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe, die kirchlichen Straffälligenhilfen, HU, RAV und VDJ.

Diejenigen Ministerien, die uns geantwortet haben, verwiesen meist darauf, dass man das Konferenzergebnis abwarten müsse. Explizit gegen das Anliegen sprach sich Justizminister Robbers (SPD; Rheinland-Pfalz) aus. Wir haben auch erreicht, dass das Thema im Rechtsausschuss des Landes NRW vorab diskutiert wurde. Hier wie dort wurde damit argumentiert, dass die Gefangenen außerhalb der Haft doch sowieso kaum Beiträge einzahlen würden, sodass die poten-

tiellen Zahlungen der Länder nicht effektiv wären. Die ausbeuterischen Löhne in Haft wurden dabei nicht thematisiert. In zynischer Pauschalierung werden hier die realen Verhältnisse und Schicksale der Gefangenen bzw. Haftentlassenen außer Acht gelassen. Für viele kurzzeitig Gefangene bedeutet der Ausschluss aus der Rente während der Haft eine deutliche Härte. Die Tatsache, dass die Arbeit in Haft nicht einmal als Anrechnungszeit gewertet wird, hat oft drastische Auswirkungen. Und andere, lange Inhaftierte könnten sich allein in der Haftzeit einen nicht unbedeutenden Rentenanspruch erwerben. Ohnehin ist eine effizienzorientierte Argumentation in dieser Grundrechtsfrage nicht hinnehmbar.

Überraschend war, dass die Landesregierung NRW auf unseren Brief geantwortet hat, dass ihr ablehnende Äußerungen der Länder gegen ein entsprechendes Bundesgesetz nicht bekannt seien. Dennoch argumentiert die Bundesregierung seit Jahren damit, dass ihr der Erlass des Gesetzes wegen angeblicher Vorbehalte der Länder nicht möglich sei.

Voraussichtlich wird die Justizministerkonferenz die Türe nicht ganz zuschlagen, aber auch keinen Mehrheitsbeschluss für die Renteneinführung fassen. Der Redaktionsschluss dieser Informationen lag kurz vor dem Termin der Justizministerkonferenz, so dass wir das Ergebnis erst im Nachhinein kommentieren werden (Schauen Sie auf unsere Internetseite). Voraussichtlich bleibt weiterhin viel Arbeit mit Blick auf die Befassung in den Landesparlamenten zu tun, damit diese endlich ihr Einverständnis signalisieren. Dann könnte der Bund das entsprechende Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, endlich auf den Weg bringen. Sprechen Sie Ihre Landtagsabgeordneten auf das Thema an!

◆ *Martin Singe*



Von einem Gefangenen gemalte und gestaltete Dankkarte.

„Danke“ für unsere Aktion „Bücher für Gefangene“

■ Neben unserer individuellen Gefangenen-Betreuung durch unseren Gefangenen-Beauftragten Christian Herrgesell, bieten wir nunmehr seit schon fast 20 Jahren Gefangenen an, sich einmal im Jahr ein Buch zu wünschen. Dieses Angebot wird immer wieder über Knastzeitungen, Aushänge, Mitgefangene und Gefangenenseelsorger in den Anstalten verbreitet, so dass viele Gefangene von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich kostenfrei ein Buch nach ihrer Wahl beschaffen zu lassen. Angesichts der oftmals schlecht ausgestatteten und vernachlässigten Anstaltsbibliotheken ist die Nachfrage extrem groß. Unser Bücherfonds, der sich aus den Geldern der Spenderinnen und Spender speist, ist mit rund 5.000 Euro ausgestattet. Durchschnittlich erhalten so 300 bis 400 Inhaftierte einmal im Jahr ein Buch, das wir diesen zuvor über den Buchhandel besorgt haben.

Für viele Häftlinge ist die Aktion „Bücher für Gefangene“ einer der wenigen verbliebenen Kontakte nach draußen. Oftmals wird über den Bücherwunsch hinaus Unterstützung bei Problemen mit dem Strafvollzug gesucht. Der strafrechtlich verordnete soziale Ausschluss der Gefangenen wird durch die vom Komitee vermittelten Bücher (vorwiegend Belletristik, Gesetzestexte, Sach- und Fachbücher für die Fortbildung) – zwar viel zu wenig, aber immerhin ein wenig durchlässig.

Immer wieder erreichen uns liebevoll gestaltete Dankes-Briefe und -Karten, in denen uns die Häftlinge schreiben, was ihnen diese Aktion – manchmal über Jahre hinweg – bedeutet. Wir möchten Ihnen, liebe Spenderinnen und Spender, auf keinen Fall vorenthalten, mit wieviel Elan diese Dankeschreiben gestaltet werden. Die Abbildung zeigt eine Dankes-Karte, die uns von einem Häftling zugesandt wurde, der sich bereits seit 10 Jahren Bücher von uns wünscht. Über sein Schreiben haben wir uns sehr gefreut!

◆ Bettina Buschky

Ihre „Schätze“ für unsere Aktion „Schreibmaschinen für Gefangene“

■ Wir möchten Sie freundlich dazu aufrufen, uns noch mehr Nachschub für unsere Aktion „Schreibmaschinen für Gefangene“ zukommen zu lassen. Hierfür benötigen wir leichte mechanische Reiseschreibmaschinen sowie elektrische Maschinen (nur die ohne Speicher). Auch die dazu passenden Farb- und Korrekturbänder sowie Bedienungsanleitungen und weiteres Zubehör nehmen wir dankend entgegen.

Unsere Aktion ist so erfolgreich, dass wir im Jahr 2013 insgesamt 28 Maschinen und im vergangenen Jahr schon 33 Maschinen an Häftlinge in 12 verschiedene JVs im gesamten Bundesgebiet haben versenden können! Und es werden immer mehr Häftlinge auf unsere Aktion aufmerksam ...

Wir haben bereits Wartelisten anlegen müssen, da nicht bei jeder Anfrage Maschinen vorrätig sind. Wir möchten unbedingt mit dieser wichtigen Aktion fortfahren, um Häftlingen die Möglichkeit zu bieten, ihre Korrespondenz mit Gerichten und Anwälten formidabel bewerkstelligen zu können. Lange Briefe mit der Hand zu schreiben ist mühsam und diese Briefe finden bei offiziellen Stellen leider selten Beachtung.

Sie können die Maschine gerne in unserem Kölner Büro vorbei bringen (nach telefonischer Absprache) oder sie per Post an unser Büro senden: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Aquinostraße 7-11, 50670 Köln

Wir freuen uns auf Ihre / Eure Schätze!

◆ Bettina Buschky

(für die Kölner Geschäftsstelle)

Fähren statt Kriegsschiffe

■ **Im April 2015 ertranken erneut über tausend Menschen im Mittelmeer. Sie waren auf der Flucht vor Elend und Gewalt in ihren Herkunftsregionen. Ihr Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, endete in einem grausigen Tod, hingenommen von einem apathischen Europa, dessen Flüchtlings- und Migrationspolitik diese humanen Desaster zuallererst provoziert. Kurz darauf setzte eine hektische „EU-Krisendiplomatie“ ein.**

Krisendiplomatie

Bereits am 23. April 2015 trafen sich die Staats- und Regierungschefs zu einer außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates, um über ein europäisches Vorgehen angesichts der neuerlichen Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer zu beraten. Die EU-Kommission legte am 13. Mai 2015 ein Strategiepapier mit dem Titel „A European Agenda on Migration“ vor, mit dem innerhalb der EU die „neue“ migrationspolitische Stoßrichtung kommuniziert werden soll. Nur fünf Tage später trafen sich die europäischen Außen- und Verteidigungsminister am 18. Mai 2015 in Brüssel unter dem Vorsitz von Federica Mogherini, der EU-Außenbeauftragten der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und fassten einen Beschluss, in einem vierstufigen Szenario Schleuserorganisationen zu bekämpfen.

Humanitäre Phrasen

Trotz aller offizieller Betroffenheitslyrik findet eine wirkliche Neuorientierung der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik nicht statt: Zwar wird die Seenotrettung aus vorrangig grenzschützenden Frontexpatrouillen und Marineeinheiten vor der europäischen Küste ausgeweitet, im Kern geht es jedoch darum, in zivil-militärischen Operationen „Schleuser“ zu bekämpfen und ihre Kähne zu zerstören. Dazu soll das europä-

sche Grenzregime künftig weit auf nord- und westafrikanische Staaten ausgedehnt werden, um in migrationspolitischer Kooperation mit den Herkunfts- und Transitstaaten Flüchtlinge bereits abzufangen, bevor sie sich auf die Fahrt über das Mittelmeer begeben. Zugleich schlägt die EU-Kommission ein bürokratisches Umsiedlungssystem vor, mit dem „eindeutig schutzwürdige Flüchtlinge“ in den Staaten an den Außengrenzen in „Notsituationen“ auf andere EU-Staaten verteilt werden sollen. Die Beratungen der europäischen Gremien lassen eindeutig die Strategie erkennen, die Abwehr irregulärer Migration nach Europa im Kampf gegen die „Schleuser- und Schleppernetzwerke“ weiter zu militarisieren. Dabei wird nicht zwischen Menschenhandel und Schmuggel differenziert. Es sollen jene „Schlepperorganisationen“, notfalls militärisch, angegriffen werden, ohne die sich Menschen überhaupt nicht auf die Flucht nach Europa begeben könnten. Denn legale und sichere Routen gibt es nicht. Bereits die legale, grenzüberschreitende Suche nach Schutz wird im europäischen Migrationsansatz kriminalisiert.

Europa – demokratisch, solidarisch, grenzenlos

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel forderte Anfang Juni neue, legale Zugangswege nach Europa. Er brachte unverbindlich „Fähren“ und „humanitäre Visa“ ins Gespräch. Beispielsweise für Flüchtlinge aus Syrien, deren Anerkennungsquote bei fast einhundert Prozent läge. Es sei unnötig, dass sich diese Menschen „mit den Wracks der Schleuser über das Mittelmeer“ begeben. Und

die anderen? Diejenigen beispielsweise, deren existenzsichernde Lebensgrundlagen klima- oder wirtschaftsbedingt zerstört wurden und die europäisch als „Armutsfüchtlinge“ diffamiert und kriminalisiert werden. Sollen sie in die „Wracks“ der Fluchthelfer steigen und auf Seenotrettung durch Militär- und Grenzschutzeinheiten hoffen? Seenotrettung geschieht zwar inzwischen. Tausende werden auf dem Mittelmeer aufgegriffen. Dennoch verlieren weiterhin viele ihr Leben. Die vom SPD-Vorsitzenden nahegelegte Unterscheidung in schutzwürdige und „weniger“ schutzbedürftige Flüchtlinge lehnen wir als Komitee für Grundrechte und Demokratie aus menschenrechtlichen Gründen ab. Deshalb haben wir mit zu einer Demonstration am 20. Juni 2015 aufgerufen, am Tag des Flüchtlings. Unter dem Aufrufmotto „Europa. Anders. Machen.“ heißt es, dass wir entsetzt sind, dass „statt der Bereitstellung von rettenden Fähren die militärische Frontex-Abschirmung verstärkt wird. Dass Europa auf Kriege und Armut um uns herum mit Abschiebung in eben diese Kriege und diese Armut antwortet.“ Fähren für alle wäre die allein menschenrechtlich angemessene Antwort, soll das europäisch mitverantwortete Sterben im Mittelmeer endlich ein Ende haben.

◆ *Dirk Vogelskamp*



Dauer-Blockade „Büchel65“; © Martin Singe

Gesundheitsdaten ohne Datenschutz?

■ Seit Herbst 2014 beschäftigt sich die AG Gesundheit im Grundrechtekomitee mit der Frage, ob die Persönlichkeitsrechte der Teilnehmer*innen an dem Biobankprojekt „Nationale Kohorte“ angemessen zu schützen sind. 200.000 Bürger und Bürgerinnen, die sich an der Studie beteiligen sollen, sollen Gesundheitsdaten und Bioproben für unbestimmte Forschungsprojekte über 20 bis 30 Jahre zur Verfügung stellen.

Wolfgang Linder, Mitglied der AG Gesundheit und ehemaliger stellvertretender Datenschutzbeauftragter in Bremen, hat sich in mehreren Texten genauer mit dem Datenschutzkonzept der Nationalen Kohorte auseinandergesetzt und die Kritik zugespitzt. In einem Brief an die Bundesbeauftragte für den Datenschutz begründen Wolfgang Linder und Elke Steven noch einmal die Bedenken gegen das datenschutzrechtliche Konzept. „Unsere Kritik an dem NaKo-Projekt setzt an den Grundlagen an und führt zu der Frage, ob die Konzepte des Datenschutzes noch angemessene Antworten auf die gegenwärtigen technischen Möglichkeiten und die dominierenden Interessen geben können. Das NaKo-Projekt hat zunächst einzig die Aufgabe, eine Vorratsdatenspeicherung von Gesundheitsdaten und Bioproben für zukünftige Forschungsprojekte anzulegen. Die Proband*innen des Projektes können zum Zeitpunkt ihrer Einverständniserklärung nicht darüber informiert werden, was mit ihren Daten erforscht werden wird. So können auch wir uns kein Bild davon machen, welche Forschung mit diesen Daten in Zukunft getätigt werden wird.“

Eine zivilgesellschaftliche Debatte über Fragen des Datenschutzes in medizinischen Forschungsprojekten und über Fragen der Orientierung der Gesundheitspolitik sind drin-

gend geboten.

Auf unserer Internetseite sind die Texte und Briefe veröffentlicht, die wir gerne auch postalisch zusenden: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/698>

Der gen-ethische Informationsdienst, Nr. 229, April 2015, hat das Thema „Gesundheitsdaten auf Vorrat“ zum Schwerpunkt gemacht und auch über unsere Initiative berichtet.

◆ *Elke Steven*

Auf unserem Ratschlag am 14. November 2015 (siehe beiliegenden Flyer) werden wir uns ausführlicher mit dem Thema beschäftigen! Sie sind herzlich eingeladen!

Unterstützen Sie das Grundrechtekomitee!

Liebe Freundinnen und Freunde des Grundrechtekomitees,

unsere Infobriefe geben Ihnen regelmäßig einen knappen Überblick über unsere Arbeit. Wir sind in vielen politischen Feldern engagiert. Immer wieder stehen wir vor der fast unlösbaren Aufgabe, „weder vor der Macht der anderen, noch vor der eigenen Ohnmacht“, der scheinbar schiereren Ausweglosigkeit zu resignieren. Dazu benötigen wir Ihre Unterstützung. Mit einer „Sommer spende“ können Sie dazu beitragen, dass wir gemeinsam weitermachen. Ein Überweisungsträger liegt bei.

Herzlich eingeladen sind Sie zur Mitgliederversammlung (und zum vorausgehenden Ratschlag) am 15. November 2015, 11:00 Uhr, in Berlin!¹

Wir danken Ihnen und Euch im Voraus herzlich.

Martin Singe, Elke Steven, Dirk Vogelskamp

¹ Haus der Menschenrechte und Demokratie, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Robert Havemann Saal. <http://hausderdemokratie.de/artikel/>; Tram Linie 4 vom Alexanderplatz bis Haltestelle „Am Friedrichshain“



Protest gegen den G7-Gipfel auf Schloss Elmau in Bayern; © Christian Martischus | R-mediabase

Elmau: Jeder neue Gipfel toppt den vorherigen Gipfel

Ein Blick zurück auf den Gipfel in Heiligendamm lässt die politisch-polizeiliche Propaganda rund um Elmau in anderem Licht erscheinen.

■ **Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat die Demonstrationen gegen die Gipfeltreffen schon häufiger beobachtet begleitet. Dieses Jahr konnten wir nicht vor Ort sein, haben aber im Vorhinein an die vielen Ungereimtheiten und Unwahrheiten erinnert, die den letzten Gipfel 2007 in Heiligendamm begleitet hatten. Wer erinnert sich noch an die Konstruktion von terroristischen Vereinigungen und die Durchsuchung von Wohnungen und Büros mit 900 Polizist*innen? Wem ist noch geläufig, in welchem Maße die Polizei die Öffentlichkeit belogen hat, um vor dem Bundesverfassungsgericht recht zu bekommen? Und entgegen den jetzigen Darstellungen aus Politik und Polizei hat das Oberverwaltungsgericht Greifswald im August 2012 in letzter Instanz geurteilt, dass das Verbot des Sternmarsches gegen den Gipfel rechtswidrig war.**

Die diversen Allgemeinverfügungen und Auflagen, die vom Landratsamt Garmisch-Partenkirchen dieses Jahr erlassen wurden, machten vor allem deutlich, dass Demonstrationen politisch nicht gewollt sind und polizeilich verhindert werden sollten. In dieser von Bedenken – Hygiene, Naturschutz, Lärmschutz, Rettungsmöglichkeiten für die Feuerwehr – umstellten Region gibt es

allerdings kein Problem für BMW, die Massen ins Tal zu holen und zu unterhalten. Dass die notwendigen Aufbauarbeiten Vorrang vor den Grundrechten hätten, müssten die Bürger*innen doch nun mal verstehen.

Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälte Verein e.V. (RAV) meinte: „Geschichte wiederholt sich immer zweimal, als Tragödie und als Farce; 2007 Heiligendamm - 2015 Schloss Elmau“. Es war zu befürchten, dass sie recht behielten. Wir riefen deshalb die Bürger*innen auf, Gebrauch zu machen von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, das nun mal auf der Straße verteidigt wird.

Christian Schröder und Elke Steven haben sich in einem Artikel mit der PR-Arbeit der Polizei, den sich auszählenden Lügen und den aktuellen Versuchen, das Versammlungsrecht auszuhebeln, beschäftigt. Die Gefahren wurden wieder einmal groß geschrieben, Horrorszenarien entwickelt. Ziviler Ungehorsam wurde mit Gewalt gleichgesetzt. Die Bevölkerung wurde gegen die Demonstrierenden aufgebracht, ein Camp sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Das Verwaltungsgericht München hatte zumindest kurzfristig noch das Einsehen, dass das Camp nicht mit solch fadenscheinigen Gründen verboten werden könne. Die Autoren kommen zu dem Schluss: „Gefahr für dieses Land geht von einer Politik aus, die solche Machtdemonstrationen nutzt, um die Grundrechte außer Kraft zu setzen.“

Der Artikel steht auf unserer Internetseite und wird von der Geschäftsstelle gerne auch postalisch



Genug ist genug: Gegen das Sterbenlassen auf dem Mittelmeer - Weg mit der Festung Europa! Trauerkundgebung und Demonstration in Kiel; © Ulf Stephan | R-mediabase

zugesandt: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/704>. Die junge welt hat den Text in Auszügen veröffentlicht: <https://www.jungewelt.de/2015/06-05/001.php>

Ein Interview mit Elke Steven zum Thema ist veröffentlicht auf den Nachdenkseiten: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=26315>

◆ Elke Steven



Die 12-seitige Broschüre (DIN A 5) „Blockupy: Demonstrationsbeobachtung am 18. März 2015“ kann in der Kölner Geschäftsstelle bestellt werden. Wir versenden sie kostenlos und freuen uns über Spenden!

„Ferien vom Krieg“ 2015

■ Die „Ferien vom Krieg“ 2015 haben wie geplant begonnen. Im kroatischen Basko Polje sind 120 Jugendliche aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien zu Begegnungen zusammengetroffen. In Walberberg werden sich im Juli und August wieder zwei Gruppen mit jeweils rund 60 Teilnehmenden aus Israel und der palästinensischen Westbank zu zweiwöchigen Dialogseminaren treffen.

Weitere Begegnungen und auch die Ferienspiele für Kinder finden wieder vor Ort im ehemaligen Jugoslawien bzw. Israel/Palästina statt. Wir danken ganz herzlich allen, die mit ihren Spenden zum Gelingen der diesjährigen Begegnungen beigetragen haben. Materialien wie der Bericht zu den „Ferien vom Krieg“ 2014, Kurzinformationen oder Flyer können weiterhin im Büro in Frankfurt bestellt werden: 069-76809110 oder info@ferien-vom-krieg.de

◆ *Barbara Esser*
Brigitte Kläß
Birgit Hogefeld



Demonstration gegen das G7 Außenministertreffen in Lübeck; © Ulf Stephan | R-mediabase

Mehr Personal, mehr Geld, mehr Macht

■ Mit der Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes hat sich Heiner Busch beschäftigt. In der Zeitschrift *cilip*, Heft 108 (<http://www.cilip.de>), ist sein Artikel „Mehr Personal, mehr Geld, mehr Macht“ veröffentlicht, wie auch auf unserer Internetseite: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/703> (Die Geschäftsstelle schickt auch diesen Text gerne postalisch zu.)

„Die Bundesregierung hat es eilig: Der am 25. März 2015 vom Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf ‚zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes‘ soll schon im September über die parlamentarische Bühne gebracht sein. 261 neue Stellen soll das Bundesamt für Verfassungsschutz

(BfV) für die ‚Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden‘ und für die Ausübung seiner neuen ‚Zentralstellenfunktion‘ erhalten. Damit verbunden seien jährlich rund 17 Millionen Euro mehr an Personal- und Personalnebenkosten.“

Heiner Busch kommt zu dem Schluss: „Das BfV, das eine maßgebliche Rolle im NSU-Skandal gespielt hat, wird reichlich belohnt: mit mehr Personal und Geld, mit mehr Befugnissen und einem gesetzlichen Heiligenschein für seine Spitzel. Dreieinhalb Jahre nach der Selbstaufdeckung des NSU sind wir von den notwendigen Konsequenzen, von einer Einschränkung der Macht des Geheimdienstes oder gar seiner Abschaffung weiter entfernt denn je.“

◆ *Elke Steven*

Wir trauern um Arno Klönne

der am 4. Juni im Alter von 84 Jahren gestorben ist. Er war dem Komitee für Grundrechte und Demokratie von Beginn an eng verbunden.

Erstes großes Forschungsthema des Politik- und Sozialwissenschaftlers war die Jugend im Nazi-Reich. Sein Hauptinteresse galt denjenigen Jugendlichen, die trotz allen Zwangs und aller Lügenpropaganda nicht zu Mitläufern und Mittätern wurden, sondern sich dem Unrecht verweigerten und Verfolgten halfen. An diesen Vorbildern orientierte er sich, ihr Vermächtnis gab er weiter. Als hessischer Landesjugendpfleger, als Dozent in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, als Hochschullehrer und als unermüdlicher Publizist lehrte er: Eine Gesellschaft, die sich zur Demokratie entwickeln soll, braucht Menschen, die offen ihre Meinung sagen und einander auch zum Widerspruch ermutigen. Keine Demokratie ohne Opposition. Arno Klönne engagierte sich vor allem wirkungsvoll in der außerparlamentarischen Opposition gegen Aufrüstung und gegen eine Politik, die behauptet, deutsche Verantwortung gebiete deutsche Militäreinsätze weltweit. Arno Klönne war uns ein kluger Ratgeber, vielen ein guter Freund.

(Dies ist der Text einer Traueranzeige in verschiedenen Zeitungen, die auch wir unterzeichnet haben.)

Das Linke Forum Paderborn, von Arno Klönne ins Leben gerufen, plant für den 5. September eine Gedenkfeier. Näheres: www.linkesforum-paderborn.de

Vorratsdatenspeicherung stoppen!

■ **Das Komitee für Grundrechte und Demokratie unterstützt mit einer Vielzahl von Bürgerrechts- und Datenschutzvereinigungen sowie Einzelpersonlichkeiten den Aufruf „Vorratsdatenspeicherung stoppen! Sie haben es in der Hand.“, den der VDJ initiiert hat. Die Mitglieder und Bundestagsabgeordneten der SPD werden aufgefordert, dem Überwachungswahn ein Ende zu bereiten und auf dem Parteikonvent am 20.06.2015 und im Deutschen Bundestag gegen die Vorratsdatenspeicherung zu stimmen:**

Die Bundesregierung hat einen neuen Anlauf zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Obwohl im Koalitionsvertrag ein solches Gesetz nicht vereinbart wurde und der erste Versuch sowohl vor dem Bundesverfassungsgericht als auch dem Europäischen Gerichtshof gescheitert ist, sollen die Ermittlungsbehörden erneut Zugriff auf einen gigantischen Datenpool bekommen. Auch wenn sie zur „Mindestspeicherfrist“ umetikettiert wurde: Vorratsdatenspeicherung bleibt Vorratsdatenspeicherung.

Generalverdacht ohne Nutzen

Die Vorratsdatenspeicherung bedeutet nichts anderes, als einen weiteren Schritt in die vollständige digitale Überwachung. Sie verkehrt die Unschuldsvermutung in ihr Gegenteil. Alle Bürgerinnen und Bürger stehen unter Verdacht, weil ihre Verbindungs- und Standortdaten umfassend gespeichert werden, ohne dass sie hierfür einen Anlass gegeben haben. In den letzten Jahren ist die Bedeutung digitaler Kommunikation immer weiter gewachsen und wird es auch weiter tun. Mit der Speicherung der hierdurch vermehrt erzeugten Daten würden immer größere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens flächendeckend überwacht.

Dabei gibt es für die Vorratsdatenspeicherung keine überzeugenden Gründe. Weder können durch sie Straftaten vermieden, noch in nennenswertem Umfang mehr Straftaten aufgeklärt werden. (...)

Gefahr massiver Grundrechtsverletzungen

Real sind demgegenüber die Gefahren, die von dem geplanten Gesetz ausgehen. Einen wirksamen Schutz vor einer missbräuchlichen Verwendung kann es nicht geben. Die Speicherung von Daten in einem derartigen Umfang birgt immer das Risiko, dass sie entgegen der gesetzlichen Bestimmungen verwendet werden. Entgegen aller Beteuerungen von Minister Maas im Vorfeld wird es nur einen löchrigen Richtervorbehalt geben. (...)

Politisch ist die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ein Dammbbruch. Die Begehrlichkeiten, weitere Daten zu speichern oder sie in umfassenderem Maße zu nutzen, werden nicht kleiner werden. Forderungen aus der Union, etwa eine Ausweitung des Straftatenkatalogs oder ein Datenzugriff für die Geheimdienste, werden nicht verstummen, bis sie in Gesetzesform umgesetzt werden.

Ein „Anti-Whistleblower-Gesetz“

Im Windschatten der Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung soll das Strafrecht verschärft werden. Mit einem neuen § 202d StGB soll „Datenhehlerei“ bestraft werden. Eine Strafbarkeit soll dann ausgeschlossen sein, wenn das sich Verschaffen nicht zugänglicher Daten „ausschließlich der Erfüllung rechtmäßiger dienstlicher oder beruflicher Pflichten“ dient. Damit sollen Journalisten straffrei sein, durch den explizit beruflichen Bezug sind jedoch Whist-



Demonstration gegen Massenüberwachung in Köln; © R-mediabase

leblower und investigative Freizeit-Blogger gefährdet. Es handelt sich damit um ein „Anti-Whistleblower-Gesetz“.

Überwachungsstaat im Schnellverfahren

Die „Leitlinien“ zur Vorratsdatenspeicherung wurden Mitte April von Bundesjustizminister Maas vorgestellt, bereits Anfang Juli soll der Gesetzesentwurf im Bundestag verabschiedet werden. Für diese Hektik gibt es keinen Grund – außer dem gesellschaftlichen Gegenwind zuvor kommen zu wollen, um nicht für die eigene Position werben zu müssen. Dabei brauchen wir dringend eine Diskussion darüber, wie viele Sicherheitsgesetze eine freiheitliche Demokratie vertragen kann. Grund- und Freiheitsrechte dürfen nicht zugunsten einer gefühlten Sicherheit aufgegeben werden.

Wir rufen Sie daher dazu auf:

Bereiten Sie diesem Überwachungswahnsinn ein Ende! Stimmen Sie auf dem Parteikonvent am 20.06.2015 und im Deutschen Bundestag gegen die Vorratsdatenspeicherung.